

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt**

**Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

## Begegnung die Schulreaktion!

**Kampfanzeige des Parteitag.**

F. K. Heideberg, 17. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Politik der Sozialdemokratie wurde in ihrer Gesamtheit noch einmal bei der Aussprache über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion aufgerollt. Auch bei dieser Gelegenheit stellen sich die Gegensätze heraus, die hinsichtlich der Beurteilung der politischen Aufgaben der Partei im republikanischen Staat noch immer vorhanden sind. Lediglich die Abkehrung der Koalitionspolitik fordern und von diesem Gesichtspunkt aus auch die Gesamtpolitik der Partei beurteilen. Ihre Meinungen sind zusammengefaßt in einem Antrag, über den namentliche Abstimmung vorgenommen wird, und der insofern eine grundsätzliche Klärung über das Kräfteverhältnis innerhalb der Partei bedeutet. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages mit 285 gegen 81 Stimmen. Danach hat sich also die überwiegende Mehrheit des Parteitages gegen eine Auffassung ausgesprochen, die darauf hinausläuft, das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“ wieder aufleben zu lassen. Die sozialdemokratische Politik ist, wie Breitscheid es unter lebhafter Zustimmung gegen die Genossin Wurm formulierte, Staatspolitik im republikanischen Staat, den wir selbst geschaffen haben, den wir ausbauen müssen und den wir in jeder Form zu beeinflussen suchen.

Eine der wichtigsten Fragen, in der dieser Einfluß um so notwendiger ist, als die Gefahr reaktionärer Zusammenstöße näherückt, ist die Frage des Schulwesens. Durch den Reichsschulgesehntwurf, durch die sogenannten Lehrerbildungspläne verschiedener Länder wird tatsächlich der Versuch gemacht, das Schulwesen, wie es in der Reichsverfassung festgelegt ist, zugunsten der kirchlich-dogmatischen Interessen so wesentlich zu verändern, daß die Zerreißen der Staatschule in Konfessionsschulen naheliegt. Es wurde auf dem Parteitag besonders eindringlich von dem Gen. Heinrich Schulz darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen auf Konfessionalisierung der Schule im Widerspruch stehen zu dem Kompromiß, der seinerzeit in Weimar mit dem Zentrum abgeschlossen wurde, mit dem Ziel gegenseitiger Toleranz, da ein gegenseitiges Ueberzeugen nicht möglich sei. Wenn jetzt die deutschnationale beeinflusste Regierung die Gelegenheit wahrzunehmen sucht, das Zentrum durch Konfessionen auf schulpolitischem Gebiet für die wirtschaftliche und politische Reaktion zu tapern, so bedarf das der wachsamsten Aufmerksamkeit der Partei. Der Parteitag fordert deshalb in einem Appell alle Freunde der Demokratie und der Republik, besonders aber die Parteigenossen auf, den deutschnationalen Schulgesehntwurf der Luther-Schiela-Regierung mit allen Mitteln zu bekämpfen und einer gesunden Schule den Boden zu bereiten.

In einer weiteren Entschließung erklärt der Parteitag: Der Parteitag sieht im Abbau der Grundschule, im bayerischen Konkordat, dessen Ausdehnung auf das Reich droht, der preussischen Deutschrift zur Lehrerbildung den bewußt systematischen Angriff der Reaktion gegen das Aufstreben des Proletariats. Der Parteitag fordert daher von den Reichstags- und Landtagsfraktionen klare und entschiedene Stellungnahme gegen kulturell-reaktionäre Gesehntwürfe und Anträge, die den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse fördern und den grundsätzlichen programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie entsprechen. Der Parteitag fordert von allen Organen der Sozialdemokratischen Partei schärfsten, zähesten Kampf gegen alle Angriffe der Reaktion auf die Schule, weitestgehende Aufklärung der Arbeiterschaft und Heranziehung aller in Betracht kommenden proletarischen Organisationen zu einer starken gemeinsamen Kampffront.

Durch seine Entschließung zu der Schulpolitik will der Parteitag deutlich die Gefahren zeigen, die in der Schulreaktion gerade für die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse verborgen sind. Weiter wird sich zeigen, daß dieser Hinweis überall verstanden und daß der konservative Versuch, die Geschichte rückwärts zu drehen, auf leidenschaftlichste Ablehnung in allen freiesinnig gesinnten Volkstreffen stoßen wird.

Nach Erledigung der zum Bericht der Reichstagsfraktion vorliegenden Anträge nimmt Genosse Crispian das Wort zu seinem Referat über die Probleme europäischer Politik in Verbindung mit dem Bericht über die Tagung der Internationalen in Marseille.

Man rechnet damit, daß vielleicht noch am heutigen Nachmittag die Programmkommission ihren inzwischen fertiggestellten endgültigen Entwurf eines Parteiprogramms dem Parteitag unterbreiten wird.

In der heutigen Sitzung wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Danach sind 398 Wählerinnen auf dem Parteitag anwesend, darunter 62 Genossinnen. Die Bezirke sind durch 290 Delegierte vertreten, unter ihnen 38 Genossinnen. Von der Reichstagsfraktion sind 26 Mitglieder anwesend. Der Parteivorstand und Parteiauswahlschuss ist vollständig vertreten, die Kontrollkommission durch 9 Personen, darunter 1 Genossin, die Programmkommission durch 3 Vertreter,

davon ebenfalls 1 Genossin. Die Parteiinstitutionen haben 13 Vertreter entsandt, davon 1 Genossin. Ferner ist 1 Referent anwesend, 16 Gastdelegierte aus Sachsen und 8 ausländische Gäste. Die Mandate werden sämtlich für gültig erklärt.

Genosse Reil

erhält sodann das Wort zu seiner Schlussrede über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion:

Ich empfehle Ihnen zunächst die Annahme folgender Resolution, die ein Extrakt meiner Ausführungen darstellt und allgemeine Zustimmung finden dürfte.

„Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung führt zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, insbesondere zu einer Erhöhung der Preise, einer Erzwürmung der Ausfuhr und einer Einschränkung der Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes.“

Trotz der versprochenen Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland, droht der Abbau der mit vielen Nutzen angeknüpften Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen. Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge einer solchen kurzfristigen Politik, die in erster Linie den deutschnationalen Parteiinteressen dient.

Die Finanzen des Reiches weisen bereits jetzt einen Ueberfluß von mehreren hundert Millionen Reichsmark auf. Er entstand durch die drückende Massendebelastung durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer. Der Parteitag fordert deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, mit allem Nachdruck den Abbau der übermäßigen Steuerbelastung durch Massensteuern zu verlangen und zugleich zu verhindern, daß der Ueberfluß in der

Reichskasse zu ungekehrten Begünstigungen des Besitzes Verwendung findet.“

„Die von der Reichsregierung angekündigte Preislenkungsaktion ist lediglich ein Täuschungsmanöver. Wer die Voraussetzungen für Preissteigerungen auf allen Gebieten durch Massensteuern, Zölle und Abschürfung des deutschen Marktes von den billigeren Auslandserzeugnissen schafft, kann nicht gleichzeitig die Preise senken. Die freie Konkurrenz, das wichtigste Mittel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Herstellung normaler Preisverhältnisse ist durch die Zollpolitik der Reichsregierung ausgeschaltet. Der Parteitag fordert deshalb die Parteiorganisationen auf, alle Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Anpassung ihrer Löhne an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen.“

Meine Annahme, daß erste Reinigungsverschiedenheiten oder gar Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Fraktion in den Kreisen der Parteigenossen nicht bestehe, ist durch die Diskussion bestätigt worden. Kritik ist in der Hauptsache nur aus der Mitte der Fraktion selbst geübt worden. Und da diese abweichende Meinung der Genossin Wurm schon in der Fraktion zum Ausdruck gekommen war, war die Austragung dieser Reinigungsverschiedenheiten hier auf dem Parteitag vielleicht überflüssig gewesen. (Sehr wahr!) Im übrigen hat nur der Genosse Priem ernsthaft Kritik geübt. Wenn er meinte, die Fraktion habe den Zollkampf aus politischen Rücksichten auf das Zentrum mit gedämpftem Trommeschlag geführt, so kann man seine Kritik nur aus der Art der Berichterstattung seines Parteiblattes erklären. Sonst bin ich bisher diesem Vorwurf nicht begegnet und er trifft auch nicht zu. Die Partei hat mit größter

## Regierungskrise in Sicht.

**Die Deutschnationalen gegen die Paktkonferenz. — Einstimmiger Beschluß der DNVP. Ostfachsens nach einem Referat von Hergt.**

Die Einladungsnotiz der Alliierten ist jetzt veröffentlicht. Sie spricht in höflichem Ton die Bitte um baldige Beantwortung aus. Die Reichsregierung wird sich diesem Ersuchen nicht entziehen können. Binnen acht Tagen wird das deutsche Volk, wird die ganze Welt erfahren müssen, ob Deutschland die Einladung zur Paktkonferenz annimmt oder nicht.

In den Augen der ganzen Welt und auch der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes ist diese Beteiligung Deutschlands etwas so Selbstverständliches, daß man es gar nicht fassen kann, wie überhaupt noch viel darüber debattiert werden kann. Handelt es sich ja nicht um ein Diktat der Sieger, sondern um einen von Deutschland ausgehenden Vorschlag. Und zwar ist gegenwärtig die gleiche Reichsregierung noch am Ruder, die im Februar das Sicherheitsangebot gemacht hat. Nicht ein Minister ist seitdem aus dem Kabinett ausgeschieden, nicht ein Minister hinzugekommen. Die Parteien, die die Regierungskoalition bilden, sind dieselben. Sie haben mehr als ein halbes Jahr Gelegenheit gehabt, dieser eingeleiteten Außenpolitik die Gefolgschaft zu verlagern; sie haben es nicht getan. Im Gegenteil: nach der französischen Antwortnote vom 16. Juni haben sie die deutsche Antwortnote vom 20. Juli gebilligt; durch ihre Vertreter im Reichskabinett, im Auswärtigen Ausschuss und durch ihre Fraktionen im Plenum des Reichstages. Am 25. Juli erfolgte nach gründlicher außenpolitischer Debatte in voller Kenntnis der Tragweite dieser Entscheidung die Abstimmung über die von Stresemann geforderte Vertrauensresolution:

„Der Reichstag billigt die Außenpolitik der Reichsregierung.“

Unter den 235 Stimmen, die für diesen Antrag abgegeben wurden, befinden sich die Stimmen der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Freilich, die deutsche Antwort machte einige Vorbehalte geltend, die in den Reden sowohl der Kabinettsmitglieder als auch vor allem des Grafen Westarp besonders unterstrichen wurden. Demnach: der Grundgedanke des Sicherheitsangebots: „Nie wieder Krieg!“, freiwillige Anerkennung der Westgrenze, Verzicht auf Elsaß-Lothringen, wurde von den Deutschnationalen in voller Kenntnis der Sachlage genehmigt.

Hat sich seitdem irgend etwas Wesentliches zuungunsten Deutschlands geändert? Rein! Gewiß: die Gegenseite hat nicht sofort alle Einwände und Gegenanschläge Deutschlands für berechtigt erklärt. Daß sie dem deutschen Standpunkt in verschiedenen Fragen entgegenkommt, ist unzusweifelhaft. Im übrigen: mündliche Verhandlungen sind eben dazu da, die weitere Annäherung der beiderseitigen Standpunkte zu ermöglichen.

Ein hundertprozentiges Durchsehen der deutschen Vorbehalte und Einwendungen war nicht zu erwarten, dessen müssen sich Reichsregierung und Koalitionsparteien schon am 25. Juli bewußt gewesen sein.

Jetzt aber redestillert plötzlich die Deutschnationale

Partei gegen die Teilnahme an der Paktkonferenz. Nach der latenten Sabotagearbeit durch die einzelnen deutschnationalen Organisationen, Verbände und Provinzialblätter tritt die offene Kampfanzeige in den Vordergrund. Während die deutschnationale Berliner Presse heute nach wie vor schweigt und die Einladungsnotiz kommentarlos wiedergibt, melden sich die Führer der Partei.

In Dresden hat vor der ostfälischen Parteiorganisation der Deutschnationalen Dr. Ostar Hergt, der zugleich Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist, gestern referiert. Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Zustimmung zum Abschluß eines Vertrages, durch den freiwillig in irgendwelcher Form deutsches Land preisgegeben wird oder zum Eintritt in den Völkerbund derzeitiger Gestaltung, ist für eine deutschnationale Partei unmöglich. Es ist die Aufgabe der Partei, durch ihre dazu berufenen Vertreter Vertragsannahme und Eintritt in den Völkerbund zu verhindern und besonders durchzusetzen, daß eine Außenministerkonferenz überhaupt nicht befohlen wird, wenn nicht vorher die Erfüllung der wirklich unverzichtbaren Forderung der Deutschnationalen (Rede des Grafen Westarp) durch bindende Zusagen der Entente-mächte zustande und sichergestellt ist. Können die Deutschnationalen dieses Ziel nicht erreichen, so verlangen Selbstachtung und Selbsterhaltungsbetrieb der Partei in gleicher Weise wie der Gedanke an die Zukunft des deutschen Vaterlandes den Austritt aus der Reichsregierung.

Die „freiwillige Preisgabe deutschen Landes in irgendeiner Form“ ist eine klare Anspielung auf Elsaß-Lothringen, also auf die Anerkennung der Westgrenzen von Versailles. Mögen die Deutschnationalen sich jetzt dagegen wenden, es wird ihnen nichts mehr nützen, denn sie haben bereits am 25. Juli durch ihre Annahme der Vertrauensresolution zugestimmt. Mag auch diese Resolution anscheinend noch einige Hintertüren für einen zweiten 29. August offen lassen, so ist ihre Grundtendenz unzweifelhaft: Ablehnung des Sicherheitspaktes, Ablehnung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, Ablehnung der Einladung zur Ministerkonferenz.

Wenn man, der „B. Z.“ zufolge, man „an hiesiger maßgebender Stelle“ die Bedeutung dieser Resolution nicht überschätzt, so ist das Vogel-Strauß-Politik gefährlichster Art. In Wirklichkeit befindet sich die Regierung Luther-Stresemann-Schiela schon jetzt in einer schwereren Krise, die nur deshalb noch nicht zum Ausbruch gekommen ist, weil die Mitglieder des Kabinetts es für klug hielten, Zeit zu gewinnen und ihre Ferien abschließend auszudehnen, um nicht zusammenzutreten zu müssen.

Die Dresdener Hergt-Resolution, die sich mit einer ähnlichen Resolution der DNVP in der Hochburg Westarps, im Wahlkreis Potsdam, deckt, ist ein Signal. Die Krise ist in ihr akutes Stadium getreten. In acht Tagen wird das Kabinett Luther vielleicht nicht mehr leben.

...schlicher Schärfe diesen Kampf geführt. Allerdings darf sie nicht vergehen wie der Stier im Porzellanladen. Die tatsächliche Klugheit gebietet ihr die Gegensätze im gegnerischen Lager auszunutzen. Auch der Antrag Pries, wonach man für Abschaffung der Reichswehr wirken soll, ist wenig durchsichtig. Es würde die Werbestärke der Partei sicher nicht verstärken, wenn wir die Abschaffung auch noch des Heeres von 100 000 Mann, das uns die Siegermächte gestattet haben, in einer Situation fordern würden, wo die Großstaaten Europas, einschließlich Rußlands, bis an die Zähne gerüstet sind. Wenn Pries statt dessen die Einführung einer republikanischen Reichspolizei fordert, so müßte dann dazu die Einstellung der Genossen eine andere sein, als sie in weiten Kreisen der Partei bei Gründung der republikanischen Reichswehr war. (Sehr gut!) Sonst würden wir auch dabei eine republikanische Reichspolizei ohne Republikaner haben. An schärfster Kritik der Reichswehr haben wir es gewiß nicht fehlen lassen, aber die Parteigenossen dürfen auch nicht in jedem Uniformierten ein Werkzeug der Reaktion erblicken. (Sehr richtig!) Wir müssen uns vielmehr bemühen, die Reichswehr zu einem wirklichen Organ der deutschen Republik auszugestalten. (Sehr gut!) Die alte Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ können wir hier nicht mehr anwenden. Eine Ablehnung des Reichswehretats wäre im übrigen nicht möglich, weil es Sonderabstimmung über einzelne Teile nicht gibt. Bei der Abstimmung des Gesamtetats wird die Fraktion diesmal selbstverständlich mit Rein kommen.

Ich komme dann zu den übrigen Anträgen. Von einem längeren Antrag Hamburg bitte ich die beiden Absätze betr. die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und über die Aufhebung der Technischen Ratspflicht anzunehmen. Der dritte Absatz bezieht sich auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Hierzu empfehle ich die Fassung des inzwischen eingebrachten Antrages Knack-Hamburg. Einige weitere Anträge in bezug auf Handarbeiterfürsorge, Erwerbslosenversicherung, Festlegung von Ferien für alle Arbeitnehmer, Arbeitsgerichtsreform können der Reichstagsfraktion als Material überwiesen werden, ebenso die Anträge in bezug auf die sozialistischen Kulturforderungen. Anzunehmen wäre der Antrag, der die Gleichstellung der Geschlechter insbesondere im Beamtenrecht verlangt. Dagegen bitte ich, den Antrag von Rheinhausen abzulehnen, der von der Reichs- und Landtagsfraktion fordert, daß sie die lokale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufgibt und zum traditionellen Klassenkampf übergeht. Das würde eine Verurteilung der bisherigen Taktik bedeuten. Ein Antrag, der fordert, daß alle Maßnahmen gegen das bauerliche Konkordat erlassen werden, ist eigentlich überflüssig, kann aber andernfalls der Fraktion überwiesen werden. Zur Schulfrage empfehle ich die Fassung des Antrags Müller. Durch seine Annahme werden die Anträge Breslau und Löwentstein zur letzten Materie erledigt. Einige Anträge beziehen sich auf landespolitische Fragen: sie wären dem Parteivorstand und der Landtagsfraktion zu überweisen.

Azulehnen bitte ich einen Antrag Stolzenau, der zur Folge haben würde, daß in den Schulen allmorgens ein schwarz-rot-goldenes Morgengebete gehalten werden müßte. Verschiedene Anträge in bezug auf die Boden- und Wohnungspolitik, die in der Richtung der bisherigen Tätigkeit der Fraktion laufen, können angenommen werden. Ebenso ein Antrag Hannover betr. den Mietschutz. Andere Anträge zu diesen Materien sollten der Fraktion als Material überwiesen werden, gleich einem Antrag auf Vereinfachung und Bereinfachung der Vermögensverwaltung aller Sozialversicherungsträger. Azulehnen bitte ich auch diesmal wieder den Antrag auf Aufhebung des Impfschwanges.

Die Absicht deutet sich mit den Aufstellungen der Fraktion. Aber wir können uns auf die Zahl nicht festlegen. Daher bitte ich, den Antrag der Fraktion als Material zu überweisen. Anzunehmen wäre der Antrag, der von der Fraktion fordert, daß sie Stellung nimmt gegen die Wünsche einzelner Arbeitergruppen auf Sicherung von Mindestpreisen ihrer Erzeugnisse, und ein weiterer Antrag, der eine vollständige Amnestie aller politischen Gefangenen bestimmter Kategorien fordert. Sämtliche Anträge in bezug auf Strafrechtsreform bitte ich der Fraktion als Material zu überweisen.

Zum Artikel 48 bitte ich, den Antrag Hilferding anzunehmen, der den schleunigen Erlass des betreffenden Ausführungsgesetzes mit der Maßgabe fordert, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Militärbehörden übertragen werden darf. Angenommen werden kann auch der Antrag, der den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland mit allen Mitteln erstreben will. (Zuruf: Mit allen Mitteln!) Diese Worte könnten gestrichen werden. (Zuruf: Hermann Müller: Mit allen geeigneten Mitteln!)

Der Fraktion als Material zu überweisen empfehle ich die An-

träge zur Prostitutionsfrage, sowie einen Antrag Renscheid, der ein umfangreiches Finanzprogramm aufstellt. Zu den Fragen der Justiz wäre der Antrag Döbber-Meiser anzunehmen. Zur Frage der Bekämpfung des Alkoholismus der Antrag Hoch, allerdings unter Streichung des Satzes, der sich gegen jede Vergärung von Nahrungsmitteln wendet, also auch gegen jede Biererzeugung.

Anzunehmen wären auch die Anträge Karnak in bezug auf die Bekämpfungspolitik, Karlten zur Sozialpolitik und Scherpel zum Wahlverfahren im Reichswahlgesetz, sowie auch ein Antrag von Bielefeld über die Stellung der Partei zur Schulpolitik, Anträge in bezug auf Berücksichtigung der Wünsche der Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden und auf reichsgesetzliche Regelung der Vermögensauseinanderziehung mit den ehemals landesfürstlichen Familien wären der Fraktion als Material zu überweisen.

Dann liegt noch der politische bedeutsame Antrag Sendewitz vor. Sendewitz hat sich darüber freuet, daß ich seinem Artikel solche Beachtung geschenkt habe. Darüber empfinde ich heute doppelte Genugtuung aus Gründen menschlichen Mitleids, nachdem ich Zeuge seines mißglückten Versuches war, zu erklären, was er eigentlich will. (Heiterkeit) Gegen Letz sprechen die Erfolge der von ihm empfohlenen Politik in den letzten Jahren. Die Anhänger der Revolution Sendewitz haben nicht den Mut der Konsequenz: sie müßten nämlich verlangen, daß wir aus der Preußenregierung austreten, auf jede Wachtstellung der Partei im heutigen Staat Verzicht leisten und allen direkten Einfluß lediglich den bürgerlichen Parteien überlassen — und das im Namen des Klassenkampfes. (Große Heiterkeit.) Aber der Klassenkampf hängt nicht von unserem Willen ab und nicht von Beschlüssen des Parteitag. Der Klassenkampf ist eine geschichtliche Tatsache. Diese Tatsache haben wir nie geleugnet, wir haben nie bestritten, daß die bisherige Geschichte eine Reihe von Klassenkämpfen ist. Aber unsere Politik wird nicht erfolgreicher, wenn in jedem Satz das Wort Klassenkampf vorkommt. Der Antrag Sendewitz will unter Ablehnung der ganzen bisherigen Politik der Partei uns auf verbrauchte Schlagwörter festlegen. Wir hingegen wollen in bisherigen Geiste weiter arbeiten und werden es um so erfolgreicher können, je einmütiger die Parteigenossen uns ihre Unterstützung und ihr Vertrauen schenken. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden die Anträge durchweg nach dem Antrage des Reichstages erledigt. Die Anträge auf erweiterte Amnestie bittet Reil nachträglich, nicht anzunehmen, sondern der Fraktion als Material zu überweisen, da heute noch nicht abzusehen sei, wann eine neue Amnestie in Frage komme. Es wird demgemäß beschloßen. Die Resolution Sendewitz wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt. (Beifall.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

## Völkischer Kassenjammer.

### Der Parteitag in der Presse des Gegners.

Verschwunden sind die schönen Zeiten, wo die kleinen Geister der völkischen Bewegung die Sozialdemokratie schon am Boden liegen sahen. Das Echo, das der Parteitag in Heidelberg in der bürgerlichen Presse findet, zeigt, wie sehr auch die Gegner anfangen, mit der wachsenden Kraft der sozialistischen Bewegung zu rechnen. Die „Deutsche Zeitung“ widmet diesen bemerkenswerten Ermüdungen einen langen Leitartikel. Der Kassenjammer scheint ausgiebig zu sein. Wörtlich schreibt sie:

Täuschen wir uns darüber nicht, die allergrößte Gefahr hat die Sozialdemokratie dank unserer Faulheit und Unfähigkeit glücklich überwunden. Rag die Partei auch über ein Zwölfstel ihrer Mitglieder verloren haben, und mögen die Gewerkschaften, von den Jugendorganisationen ganz zu schweigen, künftig zusammengebrochen sein, die alte Unternehmungslust und die Zuversicht ist wieder da; und ebensoviele. Die selbe scharfe Ueberlegung, die die Genossen veranlaßt, im rechten Augenblick aus der Regierung auszuschiden, um eine Parteifatastrophe zu vermeiden, kann in kürzester Zeit dringend dazu raten, sich wieder der Regierung zu bemächtigen. Dann wird über sicher nicht mehr der alte Fehler wiederholt werden, sondern die Genossen werden aufs Ganze gehen, auf die sozialistische Republik, die Vorstufe zum Sozialstaat.

Täuschen wir uns aber nicht über die Aussichten eines neuen Generalangriffs der Sozialdemokratie. Außenpolitisch hat sie mit bewundernswertem Geschick ihre Last von Verbrechen auf die gegenwärtigen Regierungsparteien abgewälzt. Frohlockend konnten die Genossen mit einem gewissen Recht verkünden, die Regierung Luther verfolge genau die außenpolitischen Richtlinien der früher geschmähten und beschudeten sozialistischen und demokratischen Parti-

ffen. Kommt der unfellege Sicherheitspost zustande, dann hat die Sozialdemokratie gesiegt, zerbricht er sich, ebenfalls. Zwei Fliegen mit einer Klappe. Noch günstiger ist die gegenwärtige innenpolitische Lage für die Sozialdemokratie. Der für die Partei nahezu lebensgefährliche Barmat-Standal ist so gut wie totgeschwiegen. Das Verhalten der Vaterländischen in dieser Angelegenheit gehört zu den größten Unbegreiflichkeiten. Aus der sicheren Stellung der für Recht und Gerechtigkeit kämpfenden Angreifer haben sie sich in die finstere Deckung schlüchterer Verteidiger zurückdrängen lassen. Sie müssen sich wehren, gegen den Vorwurf der Verleumdung, und die Barmat-Leute tragen die Lasten höher denn je.

Verteidigen müssen sich die Vaterländischen auch in Sachen der Zölle, der Steuern und der Aufwertungsfragen, obgleich jedes keine „Iind weiß, wo die eigentlichen Schuldigen sind. Da nun noch aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer ersten wirtschaftlichen Rezession im Winter zu rechnen ist, sehen die Sozialdemokraten bereits die verloren geglaubten hunderttausend Parteimitglieder zurückkehren, die ständig zusammengeschmolzenen Gewerkschaften wieder aufgefüllt und die Jugendorganisationen zu neuem Leben erweckt.“

Die Dummheit, die in all dem Geschreibsel zum Ausdruck kommt, ist nach wie vor bewunderns- oder vielmehr bemitleidenswert. Nur das eine haben die Herrschaften bei ihrem fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie doch offenbar langsam kopiert, mit dem Niederreiten ist es vorbei. Die Sozialdemokratie marschiert, die Demagogen haben sich schließlich doch in ihrer eigenen Schlinge gefangen und werden ohnmächtig zusehen müssen, wie in der Republik schließlich doch die Macht dem Volke und nicht ihnen gehört.

## Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

### Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Unterredung, die die deutsche Handelsdelegation am Mittwoch nachmittags im französischen Handelsministerium hatte, wurde ein amtlicher Bericht herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

„Die beiden Delegationen haben ihrer festen Absicht Ausdruck gegeben, die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sobald als möglich zu Ende zu führen. Sie haben übereinstimmend anerkannt, daß es zweckmäßig wäre, die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf neuer Grundlage unter Berücksichtigung der vorhergegangenen Arbeiten der Untertkommision und der Sachverständigen ins Auge zu fassen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die deutsche Delegation in einer Note die deutschen Forderungen und Angebote auf der von ihr vorgeschlagenen Grundlage bekanntgeben wird. Die französische Delegation wird ihrerseits schriftliche Gegenvorschläge ausarbeiten, woran sich dann die mündlichen Verhandlungen anschließen werden.“

Unter diesen Umständen lehnen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und seine Mitarbeiter nach Berlin zurück, um mit ihrer Regierung den Text der deutschen Note festzulegen, die zusammen mit der Note der französischen Delegation als Diskussionsgrundlage bei den Verhandlungen dienen soll, die wahrscheinlich Mitte Oktober wieder aufgenommen werden.

## Tendenzlügen über Schneidemühl.

Schneidemühl, 16. September. (Ill.) Prof. Dr. Langstein, Direktor und Chefarzt des Kaiserin-Augusta-Bildungshauses in Charlottenburg, der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Kleinkindersterblichkeit, besuchte die von Dr. Westring eingerichtete Säuglings- und Kleinkinderklinik des Optantenlagers Schneidemühl. Er gab folgendes Urteil ab:

„Die gesuntheitliche Fürsorge für die Kinder steht durchaus auf der Höhe. Die Klinik ist sowohl ärztlich wie pflegerisch ausgezeichnet versorgt. Alle Fälle werden klinisch mit größter Sorgfalt beobachtet. Die Erfolge sind bei der Schwere der Fälle — ein großer Teil der Kinder kam mit schwerer englischer Krankheit aus Polen — ausgezeichnet zu nennen. Dazu ist die Sterblichkeit nicht größer als in den bestgeleiteten Kinderkliniken.“

## Soll Berlin die griechische Statue erwerben?

Von Dr. Bruno Borchardt.

Diese Frage beantwortet Genosse Horiich mit einem entschiedenen Nein. Es ist ja immer sehr bequem, bei der Verwendung von Mitteln für künstlerische Zwecke auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und auf wichtigere Aufgaben der Kommune hinzuweisen. Von bürgerlicher Seite ist das seinerzeit recht kräftig geschehen, als Charlottenburg sich anschickte, das deutsche Opernhaus zu bauen, glücklicherweise ohne Erfolg, und von bürgerlicher Seite erhoben sich auch die ersten Widerstände, als der Ankauf des in Rede stehenden Kunstwerks in der städtischen Kunstdeputation verhandelt wurde. Nun steht Horiich freilich nicht auf dem bürgerlichen Standpunkt, die Stadt solle für die Kunstpflege überhaupt keine Mittel aufwenden, aber er sagt, sie muß mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Schaffen der lebenden Künstler fördern, und äußert sich dann recht abfällig über die bisherige Tätigkeit der Kunstdeputation. Es ist jedoch nicht richtig, daß sie sich in der Hauptache als eine Wohlfahrts-einrichtung betrachtete; nicht einmal bei der Verwendung der ihr im vorigen Etatsjahr als Künstlernotstütze überwiesenen 200 000 M. war der Wohlfahrtszweck der allein ausschlaggebende. Kunstpflege ist keineswegs identisch mit Fürsorge für notleidende Künstler. Bei ihren Ankäufen hat die Kunstdeputation sich stets in erster Linie geleiten lassen von dem Bestreben, ein anschauliches Bild der verschiedensten Kunstströmungen, also des gesamten Kunstschaffens der jüngst verfloßenen Zeit und der Gegenwart zusammenzustellen. Das wird sicherlich auch weiterhin so bleiben. Freilich die Kunst, es allein recht zu machen, wird auch die Kunstdeputation nicht lernen.

Nun aber zu der Frage, ob die der Kunstdeputation zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich zur Anregung des Schaffens lebender Künstler dienen sollen. Das ist durchaus nicht der Fall, und es ist ein Irrtum zu glauben, daß, wenn die in Rede stehende Statue nicht gekauft wird, für den Ankauf der Werke lebender Künstler jährlich 50 000 Mark mehr verwendet werden. Zunächst steht noch gar nicht fest, daß die Mittel für den Ankauf (einige Jahre hindurch je 50 000 Mark) aus den Mitteln der Deputation genommen werden sollen; sie können, da die Angelegenheit durch die Stadtverordnetenversammlung entschieden werden wird, ebenfalls besonders in den Etat eingelegt werden. Ferner könnte im Museum für die Beschäftigung dieses einzigartigen Werkes ein kleines Entgelt gefordert werden, das der städtischen Kunstdeputation zuzuführen müßte. Jedenfalls sind bei dem fast eine Milliarde erreichenden Etat Berlins 50 000 Mark einige Jahre hindurch keine Ausgabe, über die man sich zu setzen braucht. Die wirtschaftliche Lage hat uns nicht gehindert, die Einföhrung von 50 000 Mark in den diesjährigen Etat zu erzwingen, um Reichsfahnen für alle Schulen anzuschaffen. So wie wir es als eine Schande empfanden, daß man alle möglichen fadenhörnigen Gründe gegen die höchst notwendige Anschaffung anführte, müssen es solche Kunstwerke als im höchsten Grade be-

dauerlich, ja geradezu bejähmend empfinden, wenn Berlin sich diese nie wiederkehrende Gelegenheit entgehen läßt, ein ganz einzigartiges Kunstwerk zu erwerben, durch das Berlin als Kunststadt einen ganz besonderen Ruf erringen muß, ähnlich wie Dresden durch die Sibirische Madonna, wie Paris durch die Venus von Milo, wie London durch den Porzellan-Bras in Britisches Museum. Läßt Berlin diese Gelegenheit unbenuzt, so wird eine nicht ferne Zukunft sie in Kunstdingen nicht mit diesen Städten, sondern mit Schilda vergleichen, und das mit Recht.

Wie wir hören, wird der preussische Staat 200 000 Mark zum Ankauf der Statue beitragen. Ferner wollen Kunstfreunde erhebliche Summen für den Ankauf zur Verfügung stellen, so daß der von Berlin zu leistende Betrag stark verringert würde.

## „Lady Fanny und die Dienstabotfrage.“

Das ist ein ausgezeichnetes Titel für ein Lustspiel. Spatend und lustig und klingt nach Bernard Shaw. Dieser Klang ist, dem Himmel sei's geglikt, das Einzige, was an Shaw erinnert. Schon nach den ersten Szenen der Komödie merkt man, daß man sich auf eine bedenklich bequeme Breite gefaßt zu machen hat. Der Verfasser, der Engländer Jerome K. Jerome, den sein spitziges und weitverbreitetes Buch „Drei Mann in einem Boot“ über die Grenze seines Landes bekanntgemacht hat, glänzt hier mit seiner eigenen Fähigkeit: auf lebenswürdige Art Langeweile zu erzeugen. Er beschwört folgenden Konflikt herauf: Fanny, eben noch Varietétänzerin, ist durch die Heirat mit einem Vord zum Lady Fanny geworden. Seine Leidenschaft bezieht auf seinem Schloß eine Zwölfpfö Dienerschaft, allesamt einer Familie Bennet angehörig. Lady Fannys Aufgabe, sich bei dieser hochmütigen Gesellschaft Respekt zu verschaffen, wird durch die tragische Tatsache kompliziert, daß der Oberlat die Diener ist. Die Diener ziehen die Herrin, statt umgekehrt. Die Bennets nehmen ihre neue Herrin solange in scharfe Zucht, bis sie die Gebuld verliert und die ganze Gesellschaft entläßt. Inzwischen hat aber auch der Zuschauer die Gebuld verloren, weil ihm die teilweise neidische, teilweise übellich moralische Behandlung des sozialen Problems auf die Nerven gegangen ist.

Vielleicht hätte das Stück in anderer Belegung eine halbwegs lustige Wirkung erzielt. Das Theater am Schiffbauerdamm stellte als Lady Fanny Tilla Durieux heraus, die ihrer Rolle so wenig ähnlich war, wie Jerome dem Bernard Shaw. Sie spielte eine große Dame und ließ die Bescheidenheit, das verwunderte Schämzinssehen in ihre neue Stellung, das Schelmische, was für die Rolle unbedingt notwendig war, vollkommen vermissen. Sie brillierte mit ihrem alten Trix, durch große Mimik, Modulation einer wenig klangschönen Stimme und tragische Gesten nach Effekten zu hasten. Auf die Art wurde die Geschichte noch unanschaulicher, als sie im ganzen Stück angelegt war. Max Adalbert verstaute den Oberlat Bennet durch seine bekannte Trockenheit lustig und lebendig darzustellen. Aber hierbei mangelte es so sehr an der vorgetzeichneten Rolle, daß auch er nicht frohe Laune hervorzaubern konnte. Das schleppende Tempo, das der Regisseur Friedrich Lobe nicht hatte bannen können, kam natürlich dem langatmigen Lustspiel auch nicht zugute.

Die Sehwertzeuge der Pflanzen. Die in jüngster Zeit gemachten Entdeckungen des indischen Gelehrten Jagadis Chandra sollen die schon von anderen aufgestellte Hypothese, daß die Pflanzen und die Bäume Sehwertzeuge besitzen, in überraschender Weise bestätigen. Wie das aber auch sein mag — so liest man in der „Sunday Times“ — sicher ist, daß die Versuche des Indiers hochinteressant sind. Nach etwa dreißig vergeblichen Experimenten ist es Jagadis Chandra endlich gelungen, ein Instrument, das er „Ueberretina“ (Retina ist die Rezhaut des Auges) nannte, zu erfinden. Mit dessen Hilfe kann er die elektrischen Strahlen oder elektrischen Wellen, die die Wissenschaft unter dem Namen „unsichtbares Licht“ kennt, sichtbar werden lassen. Der Beweis für ihr Vorhandensein und ihre besonderen Eigenschaften wurde möglich gemacht und erbracht durch die Tatsache, daß jene Wellen von manchen Körpern aufgenommen, von anderen aber zurückgewiesen werden. Bei den von Jagadis Chandra gemachten Versuchen konnte man die vollständige Transparenz eines dünnen Buches feststellen; durchsichtig werden auch Kohle und Kohleprodukte; Wasser dagegen wird nicht durchsichtig und bleibt undurchsichtig. Dieses geheimnisvolle „unsichtbare Licht“, das ohne die von dem indischen Gelehrten konstruierten Instrumente allen Menschen und Tieren unbekannt bleibt, soll von der Pflanzenwelt vollkommen wahrgenommen werden, so daß man berechtigt wäre, von einem Sehwertzeug der Pflanzen zu sprechen.

Eine Stadt ohne Männer. In der englischen Grafschaft Essex gibt es ein Städtchen namens Sawford, dessen Verwaltung ausschließlich in den Händen von Frauen liegt. Aber nicht nur sämtliche öffentlichen, sondern auch alle privaten Unternehmungen werden nur von Frauen betrieben. So gibt es einen weiblichen Bürgermeister, einen weiblichen Postmeister, zwei weibliche Briefträger, einen weiblichen Bäckermeister, einen weiblichen Schuhmachermeister usw. usw. Dabei fehlt es in Sawford keineswegs an Männern. Sie sind jedoch übereingekommen, den Frauen ganz das Feld zu überlassen. Sie selbst gehen in der näheren und ferneren Umgebung ihren verschiedenen Beschäftigungen nach, weil sich hierbei angeblich beide Teile besser stehen. Diese Art von Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern stellt etwas Neues dar. Sie bewährt sich jedoch angeblich vorzüglich, und die Männer von Sawford und ihre lüchtigen Frauen sind daher entschlossen, sie auch in Zukunft beizubehalten.

Kamanders Vortrag im Großen Schauspielhaus beginnt heute um 6 Uhr.

Im Ossugiummuseum (Hrlich Domestrog, 8 Uhr, Suzanne Trautwein über „Romantische Erzählung“.

Herrschel-Theater. Das Theater in der Palaststraße eröffnet völlig renoviert am Sonnabend seine Winterjason mit der Komödie „Was ist das im Separé?“

Das Rhein-Mainische Nationalen-Theater, das die Wiederbelebung des Goethechen Kinder-Theaters mit Wäcken-Stücken von Boeci und dem alten Puppenspieler Dr. Faust betreibt, gastiert in der Urania unter Leitung von Waldebor Hecker. Nachmittags werden Stücke, die sich besonders für die Jugend, ebenfalls solche, die sich für Erwachsene eignen, gegeben.

Für den großen Julius Orchesterkonzerte, den Ostkar Fried mit dem Berliner Sinfonie-Orchester am Sonnabend leiten wird, wurde schon für die ersten 25 Konzerte ein Abonnement in zwei Rollen A und B angelegt.

## Der Sumpf der Zweideutigkeit.

### Oder: Die doppelte Buchführung der KPD.

Die Berliner kommunistische Parteiorganisation ist in vollem Aufbruch. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht die „Rote Fahne“ in den höchsten Tönen der Entrüstung auf die Niederträchtigkeit der Berliner Opposition hinweist. Unfreiwillig malt sie ein Bild von den kommunistischen Agitationsmethoden, wenn sie sich über die Opposition in ihren Reihen beschwert. Die KPD-Zentrale schildert nur sich selber, wenn sie schreibt:

„Die gefährlichste Methode der Distinktion sind jene kleinen Tricks, jenes Demagogentum, die allem Politikanten eigen sind, wie wir sie gestern bereits an einigen Resolutionen nachgewiesen haben. Jene Methode, wo man mit vagen Andeutungen bzw. mit geschickten Entstellungen und Verschiebungen der Tatsachen verfährt, die Grundlage der Distinktion zu verschieben, den Begriffen und Streitpunkten einen anderen Sinn zu unterstellen, als den sie haben. Jene Methode der Schlauelei, List, Verschlagenselei, Betrug und Lüge, wie sie im Parteienkampf der Bourgeoisie üblich sind, um einander den Rang abzulaufen. Das sind Methoden, die innerhalb der Partei (innerhalb der Arbeiterbewegung) sind sie natürlich erlaubt! Die Red. auf das entschiedenste abgelehnt werden müssen. Der offene Brief der Komintern hat denn auch mit großer Vorsicht und Zurückhaltung diese Methode an den Stellen, wo sie innerhalb der Partei aufgebracht sind, gekennzeichnet, durch die Bezeichnung der Raslow-Sicher-Gruppe als die „Politik der doppelten Buchführung“. Zweifellos kann man jetzt schon von einer „Fraktion der doppelten Buchführung“ sprechen.“

Die radikalen Berliner Genossen haben offenbar die Absicht, den befohlenen Rückzug mit dem Kommando „Rechts schwert, mit a r s h!“ nach Kräfte zu sabotieren. Der Berliner Zentralvorstand hat eine neue Resolution angenommen, in der er zwar verspricht, den Brief des Ekki zu befolgen, im übrigen aber deutlich zu verstehen gibt, daß er nach wie vor sich zu den „Linken“ zählt. Die „Rote Fahne“, die sonst so sehr für „R a n n o r e t“ eingenommen ist, hat für diese Manöver gar nichts übrig.

Warum aber oder zu welchem Zwecke diese Manöver? Das ist doch gar zu durchsichtig. Man will mit dem Rückzugsmanöver vor den Mitgliedern den Boden nicht unter den Füßen verlieren, um von dieser Position aus, die man hält, erneut und organisiert gegen die Komintern vorzustoßen. Dieser Kriegssplan ist gar zu durchsichtig. Die Sappen und Laufgräben, die man inzwischen ganz systematisch in die einzelnen Bezirke und Mitgliederkreise hineintriebt, sind zu offensichtlich, um diese Manöver nicht zu verstehen. Diese Taktik ist natürlich ein Manöver gegen die Exekutive und die Sammlungsleitung, die bereits vom 17. Bezirk ausgeht, zeigt gar zu deutlich, wie der weitere Stellungstriebe verlaufen soll.

Der Zweck dieser Manöver ist ganz klar: die klare Fragestellung der Komintern soll vor der Mitgliedschaft mit einer unklaren, irreführenden Antwort erledigt werden. Dieses Manöver ist hundertmal gefährlicher, als wenn z. B. ein einfaches Parteimitglied oder eine Parteilinie über gar ein ganzes Verwaltungsbezirk Befehle und Forderungen des Offenen Briefes für falsch halten und ihre Meinung offen aussprechen. Diesen Genossen und diesen Parteilinien ist es Ernst um die Partei. Sie ringen ehrlich um die richtige Taktik, sie können im Verlaufe der Diskussion, vielleicht erst nach längerer Zeit, aber sie können überzeugt werden, daß der Standpunkt der Komintern der richtige ist. Aber jene Genossen, die mit Tricks und Manövern in dieser ernsten Situation in die Parteidebatte hineingehen, mit 40 Prozent Ja, mit 60 Prozent Nein, und glauben damit einer klaren Entscheidung ausweichen zu können, diese Genossen führen eine Distinktion der Verfauschung der Partei.

Man kann gespannt sein, ob es der neuen KPD-Zentrale gelingt, den radikalen Berliner Zentralvorstand aus dem Sattel zu heben. Eine leichte Arbeit wird das nicht sein. Denn nach der Abhängigkeit dieser „Linken“ steht vor der neuen KPD-Führung die Frage: „Was nun?“ Die Schicksalsfrage des deutschen Kommunismus, wie er aus seiner hoffnungslosen Isolierung herauskommen soll, wird die neue Zentrale weiter nach rechts drängen und sie zwingen, mit ihrer eigenen „Politik der doppelten Buchführung“, die sich zunächst innerparteilich in einem unklaren und verwirrenden Zentrumstrukturs äußert, für den das schöne Wort „bolshewistische Linie“ nur eine hohle, leere und nichts sagende phrasenhafte Umschreibung ist, Schlus zu machen und offen zum Ausdruck zu bringen, daß sie restlos auf die Linie von 1921 zurückgehen will. 1921 hat aber die KPD eben wegen solcher Tendenzen erst die „Seiten“ hinausgeworfen, dann eine heftige Parteikrise durchgemacht, um schließlich unter dem Branderturs bis unmittelbar vor die Tore einer Spaltung zu gelangen, deren Perseuten nur durch die Ruhrbesetzung und die Folgen der Währungsnotlage verhindert wurde. Dem Abschlagen der „Linken“ in der KPD, stehen die allergrößten persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten entgegen. Aber selbst wenn es gelingen sollte, taucht ein neuer Berg unüberwindlicher Hemmnisse für die „einzige Arbeiterpartei“ auf. Die Kommunisten werden noch sehr viel miteinander „diskutieren“ müssen, ehe sie wissen, was sie eigentlich wollen. Und bei dieser Diskutiererei wird die Anziehungskraft des Kommunismus ganz gewiß nicht wachsen.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

### Endgültiger Vertrag oder Provisorium?

Gemäß der im Juli d. J. getroffenen Vereinbarung, wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages in einer gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen Delegationen im Auswärtigen Amt zu Berlin wieder aufgenommen. Von beiden Seiten wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, möglichst bald zu einer Verständigung zu gelangen, wobei der deutsche Bevollmächtigte Lewald betonte, daß auf deutscher Seite der Abschluß eines definitiven Handelsvertrages angestrebt werde, während der polnische Bevollmächtigte Ejzelenz Provisorium den Abschluß eines Provisoriums als Vorstufe zum definitiven Handelsvertrag vorschlug. Der deutsche Bevollmächtigte Lewald wies unter anderem auf die große Bedeutung einer befriedigenden Regelung der Fragen des Niederlassungsrechtes und der Zollbindungen hin. Zum Schluß wurde vereinbart, vor Beginn der offiziellen Kommissionssitzungen im Wege unerbüchtlicher Besprechungen zwischen je zwei von beiden Bevollmächtigten ernannten Vertretern das aus den früheren Verhandlungen vorliegende Material zu prüfen und eine Klärung der bestehenden Differenzpunkte vorzubereiten.

Die Wahlen zum ersten memelländischen Landtag finden, wie uns mitgeteilt wird, nunmehr bestimmt am 19. Oktober statt. Von litauischer Seite wird fieberhaft gearbeitet, um ein im großlitauischen Sinne günstiges Resultat zu erzielen. Ob mit gutem Erfolge, sei dahingestellt, denn auch die deutsche Seite, die ein hervorragendes Interesse daran hat, die Kulturaktoren, die nun einmal durch jahrhundertlange Gewohnheit Heimatrecht im Gebiet erlangt haben, nicht auszulösen, ist rührig und dürfte immerhin ein bedeutendes, wenn nicht das bedeutendste Wort auch in Zukunft mitzureden haben. — Da Litauen sich als moderne demokratische Republik ansieht, ist die Festlegung des Wahltermins auf einen Montag immerhin etwas auffällig.

## Indianer von einst.

Die Ureinwohner Amerikas sind jetzt wieder einmal in einem Berliner Zirkus zu sehen. Der „älteren Berliner Jugend“ ist das jedoch nichts Neues. Schon vor etwa 30 Jahren trat in dem „Eisernen Zirkus“, der sich in der Nähe des Vesting-Theaters befand, eine große Truppe Rothhäute auf, die fast ein ganzes Abendprogramm ausfüllten. Kinos gab es damals noch nicht und so führte man auch die Schulen dahin. Vieles wußte man ja schon von den Indianern, aus den Schmökern und aus dem „Lederstrumpf“, aber was man da sah, übertraf alle jugendlichen Erwartungen. Da wurde auf die Weissen mit Rossen Jagd gemacht, die Gefangenen skalpiert, an den Ratterpfeil gebunden und zu ihren Füßen ein Feuerchen angezündet. Dann wurden die Tomahawks nach den an den Ratterpfeil gebunden geworfen, und sie grausam gepeinigt. Das alles hatte auf uns Jüngens keine Wirkungen nicht verfehlt. Schon am anderen Tage zeigten uns einige Mitschüler ihre Rosses, die sie sich um den Leib gebunden und unter der Jacke verdeckt hatten. Das ließ den anderen keine Ruhe mehr. Ritters Waschleine wurde heimlich vom Boden geholt und um ein mächtiges Ende länger gemacht. So kam einer nach dem anderen mit dem Lasso um den Leib in die Schule. Nach Schluß wurde dann das Seil so lange über dem Kopfe geschlungen und geschleudert, bis wir regelrecht die Kunst des Eingangs gelernt hatten. Dem so Betroffenen legte sich ahnungslos das mit Blieschnelle geworfene Seil um den Hals und er wurde zu Boden gerissen.

Das Trapper- und Indianerstück war unter den Jüngens in höchster Blüte. Mit einem riesigen bunten Federbusch um den Kopf, und bemaltem Gesicht ging es aufs Tempelhofer Feld und dann in den nahen „Wald“, wie die Hasenheide damals genannt wurde. Da wurde Jagd auf die verhassten weißen Trapper gemacht. Die modernen Feuerwaffen der Weissen, das Holzgewehr, wurde verschmäht. Eine ehrliche Rothhaut kämpfte nur mit Speer und Tomahawk. Wehe dem Trapper, der diesen Berliner Rothhäuten durch das Lasso in die Hände fiel. Er mußte an den Ratterpfeil, wobei es auch vorfam, daß es vergesen wurde, ihn wieder abzubinden. Auch ein kleines Feuerchen wurde dabei angezündet und einmal passierte es, daß ein Baum stark zu brennen anfing und die Feuerwehr geholt werden mußte. Die Unsitte des Vossomerkens nahm so überhand, daß es von der Schule und durch die Polizei verboten wurde. Heute sind die Jüngens weniger kriegslustig. Sie sind auch nicht mehr Rothhäute, sondern Braunhäute, denn meistens spielen sie Fußball oder laufen halbnaht durch die Straßen, was sie Beihalsheit nennen.

## Brandstiftung in Neu-Heiligensee!

### Eine Villa vollkommen ausgebrannt.

Auf vorräthige Brandstiftung ist wahrscheinlich ein Feuer zurückzuführen, das in der vergangenen Nacht die Villa des Architekten Stelz in Neu-Heiligensee bei Tegel zerstörte. Das im Jahre 1922 erbaute Haus bestand aus 5 Zimmern und Küche und war von der Familie des Architekten Stelz allein bewohnt. Gegen 10 1/2 Uhr gestern abend nahmen die Hausbewohner und Nachbarn zu gleicher Zeit wahr, daß es im Dachstuhl brannte und benachrichtigten die Feuerwehren des Ortes und von Tegel. Als diese eintrafen, stand der ganze Dachstuhl schon in hellen Flammen. Man hatte unterdessen an Einrichtungsstücken hinaustragen, was möglich war, um wenigstens etwas zu retten. Bald brach die Decke durch, und ihre Trümmer fielen in das Untergeschoss hinab. So brannte die ganze Villa aus. Erst um 4 Uhr morgens konnten die Wehren nach den erforderlichen Aufräumarbeiten wieder abziehen. Weil man gleich Brandstiftung vermutete, so wurde die Sonderkommission der Kriminalpolizei benachrichtigt. Kriminalkommissar Hermann begab sich mit mehreren Beamten an die Brandstelle, um sofort die Ermittlungen aufzunehmen. Die Untersuchung ergab bereits gewisse Verdachtsmomente, die augenblicklich noch nachgeprüft werden.

Von der Turmwache der Emmauskirche wurde gegen 3 1/2 Uhr früh ein Feuer in der Nähe des Grundstückes gemeldet. Es ergab sich, daß es auf dem Grundstück Stallpferdestraße 29 in einem Fabrikbetrieb im 4. Stock des 2. Quergebäudes brannte. Die Feuerwehr rückte unter Leitung des Oberbranddirektors Gemp aus. Um 5 1/2 Uhr war das Feuer, das auch den Dachstuhl ergriffen hatte und zunächst auch auf Nachbargebäude überzugreifen drohte, gelöscht. Brandstiftung liegt hier nicht vor. Das Feuer ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß ein Ofen mangelhaft gelöscht worden war.

## Wahlorgen der Kommunisten.

Die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Kreuzberg verhandelte über mehrere wichtige Anträge, die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht waren. Ein Antrag forderte vom Bezirksamt schnellste Vorbereitungen zur Belieferung der Rentempfinger mit Brennstoffen und Lebensmitteln. Genosse Bantsi wies auf die Notwendigkeit rechtzeitiger Maßnahmen hin, die zum Schutze der Rentempfinger gegen Hunger und Kälte dienen können. Stadtrat Jochow ver sprach die nötigen Schritte vom Bezirksamt, doch müsse man wegen der erforderlichen Mittel auf Magistrats- und Stadterordnetenbeschlüsse warten. Die Kommunisten schwanden, unser Antrag sei auf Stimmengang für die Wahlen berechnet. Sie verrieten hiermit nur ihre eigene Sorge um den Ausgang der Wahlen. Im Schlußwort sagte ihnen Genosse Bantsi, daß mit kommunistischen Reden den Rentnern nicht geholfen ist. Der Antrag ging an einen Ausschuss. Ein anderer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte, das Bezirksamt solle unverzüglich ausreichende Schritte einleiten, der täglich wachsenden Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten. Gen. Kraay schilderte die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Rot des Heeres der Arbeitslosen und auch der vielen „Ausseher“. Die Gemeinde müsse Staat und Reich auf die Gefahr dieser Zustände aufmerksam machen. Bürgermeister Kahle gab eine Darlegung der schwierigen Wirtschaftslage, die eine Nachwirkung des Krieges ist und infolge der Zoll- und Steuererhebung noch drückender empfunden wird. Er betonte, daß wir wieder zu einer produktiven Erwerbslosenfürsorge kommen müssen. Stadtrat Gottschall bedauerte, daß viele Arbeitgeber jetzt, um zu sparen, Facharbeiter aus der Straße setzen und dafür billigere Ungelernte einstellen. Das Bauamt des Bezirks wolle Arbeit schaffen und wegen der Mittel auf den Magistrat einwirken. Die Kommunisten ergingen sich wieder zur Freude der rechtsstehenden Parteien in Anrempelungen der SPD. — und die Schimpfkanonade des kommunistischen Redners Gehlmann endete dann mit der üblichen Mahnung zum Zusammenschluß der Arbeiter. Der Kommunist Rintorf bemächtigte sich, durch diesen Antrag unserer Genossen wieder als „Bahlmache“ hinzustellen. In der Hitze des Gefechts entfuhr ihm das Geständnis, das Gerede der Kommunisten habe keinen Zweck. „Gerede“ nannte er selber es in ungewollter Selbstkritik; er ermutete schallende Heiterkeit. Im Schlußwort hielt Genosse Kraay den kommunistischen Einheitspredigern vor, daß gerade sie ihre Macht darangelegt haben, alles zu ruinieren. Daß es jetzt mit den Kommunisten vorbei ist, wird sich bei den Wahlen zeigen. Unser Antrag auf Herbeiführung von Maßnahmen zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit wurde angenommen. Zwei vom Genossen Grün begründete Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wandten sich gegen gesundheitsgefährdende Uebelstände, die in der Nachbarschaft der Lederfabrik Salomon (an der Lohmühlenstraße) und des Lederfabrik Hestlenhauer (am Landwehrkanal) als sehr

lästig empfunden werden. Die Beschwerden, mit denen sich (wie Stadtrat Dr. Besack berichtete) auch das Bezirksamt schon beschäftigt hat, sollen in einem Ausschuss geprüft werden. Dieser wird auch Stellung nehmen zu der in dem Antrag unserer Genossen gegebenen Anregung, auf dem von Hestlenhauer benutzten Gelände einen Spielplatz zu schaffen. Der Deutschnationale Schulze meinte allerdings, das sei nicht nötig, in der Nähe habe man ja den Trepotom Park. Doch er dabei die Leistungen des Bezirksjugendamtes anerkannte, sei hier registriert. Aber keine eigene Stellungnahme zu dem Spielplatzbedürfnis der Jugend des Südkreises läßt leider viel zu wünschen übrig.

## Ueberfall auf einen Kriminalbeamten.

Am Donnerstag früh um 1/4 5 Uhr wurde der Kriminalassistent Erdmann auf dem Grundstück Salzburger Str. 4 zu Schöneberg von Einbrechern angefallen und schwer mißhandelt. Einbrecher, die zunächst verhaftet hatten, in das Nebenhaus Nr. 5 einzudringen, aber durch einen Hund gestört und vertrieben worden waren, wandten sich jetzt dem Hause Nr. 4, ebenfalls einem Beamten-Wohnhause zu. Erdmann, der sie beobachtete, ging um die Ecke herum, um von der Martin-Luther-Straße an sie heranzukommen. Er stieg hier über einen Zaun und überraschte die Verbrecher auf dem Hofe des Hauses. Sobald sie ihn sahen und seinen Ruf „Hände hoch!“ hörten, schossen sie auf ihn und machten ihn durch einen schweren Schuß in den linken Oberarm kampfunfähig. Dann fielen sie sofort über ihn her, verletzten ihn mit einer Brechstange einen wuchtigen Hieb über den Kopf und traten ihn, während er am Boden lag, mit den Stiefeln in den Unterleib. Bevor die durch den Lärm erwachten Hausbewohner zu Hilfe eilen konnten, ergriffen die Einbrecher die Flucht und entliefen. Der Ueberfallene wurde schwer verletzt nach dem Krankenhause gebracht. Nach den kurzen Mitteilungen, die der schwerverletzte Beamte bisher machen konnte, hat er mit den Verbrechern 6 bis 8 Schüsse gewechselt. Auf die Ergreifung der Verbrecher wird von der Kriminalpolizei eine Befolgung ausgeleitet. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin, Zimmer 103 des Polizeipräsidiums und an das Polizeiamt Schöneberg.

## Japanische Flieger auf dem Flug nach Berlin.

Die auf dem Fluge durch Asien und Europa befindlichen zwei japanischen Flieger starteten heute vormittag 8 Uhr 15 Minuten auf dem Königsberger Flugplatz zum Weiterflug über Danzig und Stettin nach Berlin. Eines der Flugzeuge mußte nach kurzer Zeit wegen eines Motordefektes wieder auf dem Flugplatz landen.

## Die Flieger mittags um 1 1/4 Uhr noch nicht in Berlin.

Die Flieger wurden auf dem Tempelhofer Feld erwartet. Gegen 12 Uhr traf der japanische Botschafter Honda auf dem Tempelhofer Felde ein und begab sich alsbald zu der bereitstehenden Maschine des Aero-Klub, mit der er dann dem von Danzig-Stettin erwarteten japanischen Flugzeug entgegenzog. Von der Stadt Berlin war inzwischen der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Flughafen-Gesellschaft, Stadtkommandant Dr. Adler, erschienen. Bis gegen 1 1/4 Uhr war der japanische Flieger noch nicht eingetroffen, ebenso lagen keinerlei Nachrichten von seinem Verbleib vor. Dagegen war aus Königsberg gemeldet worden, daß das zweite japanische Flugzeug um 1 Uhr nach Berlin starten werde.

## Oeffentliche Gesundheitspflege.

Auf der Jahresversammlung des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“, die soeben in Bonn abgehalten wurde, hielten die Professoren Sellheim, Halle und Göt. Bonn die eindringenden Referate über die „Aenderungen in der Konstitution des Volkes im letzten Jahrzehnt“. Die Zusammensetzung unserer Bevölkerung hat sich — abgesehen von der Abnahme durch Gebietsverlust — tiefgreifend geändert durch die Kriegsverluste und den Kriegesgeburtenausfall. Bedenklich ist die Verschlechterung der Konstitution durch die Ausbreitung der Sphilitis; das größte Uebel stellt die Durchsehung weiter Volksschichten mit Tuberkulose dar. Die Frauen haben unter den Kriegs- und Nachkriegswehen noch mehr zu leiden gehabt als die Männer. Unter größter Schwierigkeit und Entbehrungen brachten die Mütter während der schlimmsten Jahre trotzdem ihre Kinder in recht gutem Zustande zur Welt. Danach waren die kleinen Erdenbürger aber in hohem Grade den Schädlichkeiten der durch den Krieg veränderten Außenwelt ausgesetzt. In noch stärkerem Maße hatten diejenigen Kinder zu leiden, die als Kleinkinder oder Schulkinder in die Kriegszeit eintraten. Immerhin ist jetzt von den Hungerfolgen nicht mehr viel zu verspüren. Ob das Keimplasma der Kinder geschädigt worden ist, wird sich erst in zwei bis drei Jahrzehnten herausstellen. Die wissenschaftlich ermittelten und statistisch erwiesenen Angaben der beiden Redner, Klinikern von gutem Rufe, wirkten vielfach geradezu erschütternd und stellten eine furchtbare Anlage gegen die Kriegesgeher von damals wie heute dar; leider vermehrte man aber jede Stellungnahme zu geeigneten Vorkehrungsmaßnahmen, jeden Hinweis auf den Pazifismus. Dadurch wurde die Fruchtbarkeit der Vorträge arg beeinträchtigt.

Dr. Schnell, Stadtrat in Halle, sprach über „Körperliche Erziehung“, die heute notwendiger sei denn je, namentlich für die Jugendlichen in der Zeit des sexuellen Heranreifens. Dr. Schnell verlangte für alle Schüler eine tägliche Turnstunde als Pflichtfach und verwarf das „Zehnminutenturnen“ als ungenügenden Ersatz. Viele Menschen glauben immer noch, der Körper sei gewissermaßen nur ein „Stativ für das Gehirn“. Mit solchen Auffassungen muß aufgeräumt werden. Voraussetzung für die Einführung der täglichen Turnstunde ist aber die Vertiefung der Vorbereitung hinsichtlich biologisch-hygienischer und praktisch-gymnastischer Durchbildung. Als Uebungsstätten müssen Freizeite und Hallen weiter erweitert werden; jedoch macht der gegenwärtige Bestand an Uebungsstätten wenn auch noch nicht die volle Durchführung, so doch den organisatorischen Beginn des körperlichen Erziehungsprogramms möglich. Viele Forderungen Dr. Schnells werden sich erfreulicherweise mit denen unserer Arbeitersportler.

Professor Kruse, Leipzig, forderte in einem Referat über „Rassenhygiene und Volkshygiene“ u. a. die Errichtung behördlicher Ueberwachungsstellen. Sonst äußerte er sich noch veranlaßt, einige nationalsozialistische Ausführungen bezüglich der Slawen und Ojibuden zu machen und Fragen zu erörtern, die weder mit dem Thema noch mit Wissenschaft etwas zu tun hatten. In der Diskussion traten ihm in entsprechender Weise die Genossen Stadtrat Dr. Landsberg, Breslau und Stadtrat Dr. Neumann, Reuminister entgegen.

Einen interessanten Vortrag über „Technik und Hygiene im heutigen Städtebau“ hielten Oberbaurat Dr. Arng, Köln und Beigeordneter Spögen, Bonn. Sie verlangten eine energische Förderung des Wohnungsbaus und betonten die Notwendigkeit der Befreiung auf kleinere Zimmerflächen. Bei der Knappheit der Mittel müsse man danach trachten, möglichst vielen Familien eine heile häusliche zu schaffen; daher sei es nötig, daß der Einzelne zugunsten der großen Masse der wohnungshungrigen Bevölkerung auf jedenfalls Luxus und Ueberfluß beim Wohnungsbau verzichte. „Am so! Es folge die Tat! Dann wäre ein Stück praktischer Menschengenie nie vollbracht!“ Dr. med. Alfred Rorach

Genosse August Pohl, der gestern seinen 70. Geburtstag begehen konnte, bittet, allen Parteigenossen und Freunden, besonders aber den Genossen des 3. Kreises und dem Gesangsverein, für die ihm zuteil gewordenen Glückwünsche auf diesem Wege seinen Dank abgeben zu dürfen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gewitterstimmung in den Verkehrsbetrieben.

### Schiffen, Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung.

Die niedrigen Löhne in den Verkehrsbetrieben Berlins sind durch die Unzufriedenheiten dem Personal bis zum 31. Oktober aufgezwungen worden. Es ist eingetreten, was die Arbeitnehmervertretung schon im Mai vor allen Instanzen erwähnt: die Lebenshaltung der breiten Masse hat sich durch die Teuerung noch mehr verschlechtert. Daß die jetzt bestehenden Löhne, die die Beschäftigten der drei Verkehrsbetriebe Berlins erhalten, nur 60 Proz. im Höchstfall 70 Proz. der Löhne der Industrie betragen, die auch nicht der verteuerten Lebenshaltung Rechnung tragen, ist bekannt.

Die Belegschaften nahmen in mehreren Versammlungen und Sitzungen zu ihrer Lage Stellung. Sie beauftragten die Betriebsvertretungen, sich an die Leitungen der Verkehrsbetriebe zu wenden, um Verhandlungen nachzusuchen, mit dem Ziele, die Löhne der verteuerten Lebenshaltung anzupassen. Die schriftlichen Gesuche mit dem Nachweis, in welchem gewaltigen Umfange die Lebensmittel und Bedarfsartikelpreise seit dem Monat Mai bis Ende August gestiegen sind, sind am 20. August an die Leitungen abgegangen. Bis heute haben diese es nicht für nötig befunden, die Schreiben zu beantworten, noch weniger, die Löhne aufzubessern.

Die Herren können sich bei ihren Gehältern offenbar nicht hineinfinden, wie es ihren Arbeitern mit Wochenlöhnen von 25 bis 30 M. zumute ist. Wahrscheinlich warten sie auf die von der Reichsregierung angekündigten „Preisabbaumaßnahmen“. Wie lange die Belegschaften unter diesen Hungerlöhnen noch stillhalten werden, ist noch nicht zu übersehen, doch muß sich die Bevölkerung Berlins auf Übergräußungen aus den Verkehrsbetrieben gefaßt machen.

Rascher bei der Hand als mit Lohnerhöhung ist die „nollebende“ Hochbahngesellschaft mit Anträgen, um die Tarifbestimmungen zu zerbrechen. Die Tarifbestimmungen, die am 30. September er. ablaufen, wurden gestundet; die gestellten Anträge lassen jedes soziale Empfinden vermissen. Dafür einige Beispiele. Die Mannschafszüge, die die Hochbahnbetriebe Beschäftigten morgens und abends von und zu der Arbeitsstätte brachten, wurden eingezogen mit der Begründung, es wären genügend andere Fahrgelegenheiten vorhanden. Das ist aber bei den miserablen Wohnungsverhältnissen nicht der Fall. Ein Teil des Verkehrspersonals mußte sich Fahrräder auf Abzahlung kaufen, um frühzeitig zum Dienst zu erscheinen, ein anderer Teil muß in den Zügen auf den einzelnen Bahnhofen übernachten.

Ein Dorn im Auge der Betriebsleitung war es, daß aus dem Betriebsratsausschuß zwei Gruppenmitglieder vom Dienst befreit waren und die Betriebsratsitzungen während der Arbeitszeit stattfanden. Als Vorläufer in dieser Richtung scheiterten an dem Widerstand der Belegschaften. Darauf hat die Betriebsleitung verfügt, daß nur ein Gruppenrat vom Dienst befreit wird, der zweite nur noch zu 50 Proz., die Betriebsratsaufhänger dürfen nur noch noch 3 Uhr nachmittags stattfinden, also außer der Arbeitszeit.

Dienstverlängerungen — die Arbeitszeit beträgt schon 9 Stunden — wurden dadurch herbeigeführt, daß man die Vorbereitung- und Abrechnungszeiten für die Straßenbahnfahrer und Fahrkartenausgeberinnen von 30 Minuten auf 10 Minuten herabsetzte. Ferner wurde die Verkaufsprämie der Fahrkartenausgeberinnen, die je nach Umsatz der einzelnen Bahnhöfe, die wiederum über das gesamte Bahnnetz in drei Klassen eingeteilt sind, um je 30 M. pro Monat herabgesetzt. Wer schon einmal Gelegenheit genommen hat, die nebenanspannende Tätigkeit der Ausgeberinnen an den Schaltern zu beobachten, der weiß nicht, ob er mehr über das unsoziale Verhalten oder über die Dreistigkeit staunen soll, mit der die Hochbahngesellschaft das dürftige Einkommen dieser Arbeiterinnen noch mehr geschnitten hat. Es wäre nicht das erste Mal, daß Fahrkartenausgeberinnen der Berliner Hochbahngesellschaft sich an den Fahrkartenbeständen vergeiften, oder ihrem Glanz preislich ein Ziel setzen.

Dagegen ist die Hochbahngesellschaft stumm, wenn es gilt, Beschwerden dieser Mädchen oder vermittelten Frauen stattzugeben. So haben die Ausgeberinnen schon seit Jahren verlangt, auf den Bahnhöfen Kaiserhof, Bayerischer Platz und Senefelder-Platz eigene Toiletten zu beschaffen. Nach wie vor bleiben die ständalösen Zustände bestehen. Die Zustände auch auf anderen Gebieten haben in ihrer Gesamtheit Formen angenommen, die es erscheinen, daß die Öffentlichkeit unterrichtet wird, damit bei Konflikten, die unweigerlich zwischen der Hochbahngesellschaft und den Sequäiten in aller Kürze ausreden müssen, nicht wie gewöhnlich durch die ihr nahe-gehende Presse falsch dargestellt wird, warum die Konflikte ausgebrochen sind.

## Die Berliner Eisenbahner.

Der Einheitsverband der deutschen Eisenbahner hielt gestern Abend in den „Mufflerjulen“ eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab.

In seinem Referat ging der Berliner Bezirksleiter Dressel auf die zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von der Organisation unternommenen Schritte ausführlich ein. Es war eine allgemeine Lohnerhöhung um 12 M. pro Stunde gefordert. Die Verwaltung der Reichsbahn lehnte jede Lohnerhöhung ab, obwohl sie selbst zugegeben mußte, daß die Löhne nicht für die nackten Lebensbedürfnisse ausreichen.

In dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch heißt es: „Unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die von der Reichsregierung eingeleitete Preisentlastungsmaßnahmen bleiben die bisherigen Grundlöhne mit dem vom 1. September 1925 von der Reichsbahngesellschaft vorgeschlagenen Veränderungen bis auf weiteres bestehen.“ Im übrigen enthält der Schiedsspruch nur ganz unwesentliche Zugeständnisse. Der Redner hob besonders hervor, daß es der Reichsbahnverwaltung nur darauf ankomme, ihren Herrenstand-

punkt durchzusetzen. Aus diesen Grunde habe sich die Verwaltung mit dem gesamten reaktionären Unternehmertum koalitiert. Die Organisation fann sich mit dem nichtsagenden Schiedsspruch nicht abfinden und wird nun erst recht alle Kräfte anspannen müssen, um für die Eisenbahner ertägliche Lebensverhältnisse zu erringen. Schwere Kämpfe stünden bevor, die nur erfolgreich geführt werden können, wenn sich alle Eisenbahner im Einheitsverband zu einer achtungsgebietenden Macht zusammenschließen. Es sei erträulich, daß der Freie Eisenbahnerverband bereits den Beschluß gefaßt hat, in die Einheitsgewerkschaft zurückzutreten.

An der regen Diskussion trat ein Mitglied des Freien Eisenbahnerverbandes ebenfalls für den Anschluß dieser Organisation an den Einheitsverband ein. Im Sinne des Zusammenschlusses sprachen sich auch alle übrigen Redner aus. Die Versammlung schloß mit einem Trugergebnis, den Resolutionen der Eisenbahnverwaltung geschlossen und mit aller Schärfe entgegenzutreten.

## Die Reichsarbeiter und der Schiedsspruch.

Da die BS.-Korrespondenz über die Beweggründe, die die am Reichsarbeitergesetz beteiligten Organisationen veranlaßten, dem Schiedsspruch vom 10. September zuzustimmen, eine sinnwidrige Darstellung verbreitet hat, macht es sich notwendig, nochmals die wirklichen Gründe hervorzuheben.

Die Lohnregelung für die Reichsarbeiter sieht keine Ortszulagen vor, sondern bestimmte Lohnzahlen für jeden Bezirk. Der Schiedsspruch fordert, daß diese Lohnzahlen nachgeprüft werden. Wo eine Einigung nicht möglich ist, soll durch Schiedsspruch eine Klärung herbeigeführt werden. Ueber die Revision der Lohnzahlen ist bereits verhandelt und vielfach eine Einigung erzielt worden.

Da der Schiedsspruch in dieser Beziehung sich dem dem Schiedsspruch der Eisenbahner vorteilhaft unterscheidet, stimmen ihm die Organisationen trotz schwerer Bedenken zu.

## Mißstände bei der Mehlabfuhr.

### Eine Erklärung der Fuhrherren-Innung.

Im Berliner Mehlabfuhrergewerbe kam es am 14. September zum Streit. Der Streit wurde von den Arbeitnehmern damit begründet, daß einzelne Unternehmer ihre Kutscher (Kraftfahrer) nur schlecht und die Begleitente gar nicht bezahlen, was einem Zwang zum Diebstahl gleichkomme.

Eingeweihten ist seit langem bekannt, daß in der Mehlabfuhr, gelinde gesagt, mißliche Zustände herrschen. Die Schuld daran ist aber nicht den Mehlfuhrherren, sondern dem eigenartigen Verhalten einzelner Mehlgroßhändler zuzuschreiben, die ohne Rücksicht auf die Zuverlässigkeit ihre Abfuhr an den billigsten Wagnisunternehmer vergeben und auch ihre Berufsvereinigungen dahin beeinflussen, alle Anträge der Organisation der Mehlfuhrherren auf Vereinbarung auskömmlicher Abfuhrpreise abzulehnen. Hierdurch haben sich Zustände herausgebildet, die im Interesse der Allgemeinheit dringend schleuniger Abhilfe bedürfen. Sowohl die Fuhrherren-Innung wie der Verein Berliner Mehlfuhrherren und die Bäckerinnung haben unter Mithilfe der Handelskammer mehrfach versucht, die Mißstände auszumerzen. Diese Versuche haben jedoch nicht die notwendige Unterstützung durch die Mehlgroßhändler gefunden. Da die Fuhrunternehmer gewillt sind, endgültige Abhilfe zu schaffen, ist von ihnen nunmehr erneut die Handelskammer zur Vermittlung angerufen worden.

Die Fuhrherren-Innung hat die feste Absicht, die eingerissenen Mißstände rücksichtslos zu beseitigen, wenn nötig dadurch, daß Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei zur Mitwirkung aufgefordert werden.

## Internationales Bergarbeiterkomitee.

### Mißbilligung des Verhaltens von Cool.

Brüssel, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationale Bergarbeiterkomitee, das am Mittwoch in Brüssel unter dem Vorsitz von Herbert Smith und in Gegenwart der deutschen Delegierten Limberg, Waldemar und Schmidt eine Sitzung abhielt, hat beschlossen, den nächsten internationalen Bergarbeiterkongress am 9. August 1926 in Frankreich oder Polen stattfinden zu lassen. Einstimmig wurde eine Entschliessung angenommen, die die Ausführungen des englischen Bergarbeiterführers Cool, die er in Essen und Berlin in öffentlichen Versammlungen gemacht hat, mißbilligt.

In der Sitzung wurde auch die Frage der Abordnung nach Rußland erörtert. Vor einigen Monaten ersuchten die Gewerkschaften der russischen Bergleute um ihre Aufnahme in die Internationale der Bergleute. Der Ausschuss beschloß die Abordnung einer Abordnung nach Rußland. Die Sowjetregierung verweigerte aber zwei oder drei Delegierten die Einreiseerlaubnis. Heute beschloß der Ausschuss, der Sowjetregierung mitzuteilen, daß entweder sämtliche Mitglieder der Abordnung oder gar keine nach Rußland gehen würden.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Gießerei- und Schweißereiarbeiter, am 12. September 1925 im Gewerkschaftshaus, Saal 1. I. Bericht vom 12. Gewerkschaftskongress in Weidenau. Berichterstatter: Richard Schulz-Gnutzau. 2. Diebstahl.

Achtung, Zimmerer! Heute, Donnerstag Abend 7 Uhr, „Arbeitsschutz“, im Ballsaal des Hotel-Restaurant-Vertragsvereins. Vortrag über das Hochbau- und Erdbauverhältnis. Auf den Arbeitsschutz, wo noch keine Betriebsvereinbarung besteht, ist sofort die Wahl vorzunehmen. Alle Arbeitsschutz-Berliner und Umgebung müssen vertreten sein. Mitgliedsbuch legitimiert.

# Wirtschaft

**Bergung und Betriebskonzentration.** Ein interessantes Beispiel für die Wirkungen der Betriebskonzentration auf die Kapitalbedürfnisse einzelner jetzt noch unwirtschaftlicher Betriebe, das auf dem Bankiertag zur Sprache kam, verdient festgehalten zu werden. Der Direktor der Deutschen Bank, Oskar Wassermann, erzählte aus der Praxis der letzten Tage folgenden Fall: „Ein größeres Fabrikunternehmen produziert an drei Betriebsstätten; an allen drei mit erheblichen Ueberschüssen. Eine Unternehmung hat nun ergeben, daß bei Schließung von zwei Betrieben die Produktion, soweit sie gewinnbringend ist, an der dritten Stelle restlos bewältigt werden kann. Der Betriebsüberfluß wird, wenn nicht größer, so keineswegs geringer. Dagegen, und das ist das Uebertragende und außerordentlich Wichtige, macht die Zusammenlegung liquide Betriebsmittel an Vorräten in Höhe von mehreren Millionen Mark frei.“ Man hat Grund anzunehmen, daß die Verschwendungswirtschaft, die hier in einwandfreier Weise festgestellt wurde, keineswegs vereinzelt dasteht. Die Arbeitnehmer bekommen sie zu spüren, wenn man ihnen selbst die notwendigen Lohnerhöhungen verweigert, weil angeblich „keine Rente und kein Betriebskapital“ da ist. Dabei ist gerade die Erhöhung der Löhne der stärkste ökonomische Druck, der auf die Unternehmungen dahin ausgeübt werden kann, daß sie die wirtschaftlichste Form des Betriebes suchen. Nach amerikanischen Berechnungen steht es ganz einwandfrei fest, daß der Lohnanteil am Produkt bei hohen Löhnen ganz gewaltig zurückgeht, wenn die besten technischen und organisatorischen Betriebsmethoden angewandt werden. Daran, daß auch die deutsche Wirtschaft auf diesem Wege fortzuschreiten, hat die Arbeiterschaft das größte Interesse, nicht aber jene Unternehmer, die sich auch unter Bankierskreisen befinden und die glauben, mit dem Druck auf die Löhne die Wirtschaft zur Gesundung bringen zu können.

**Billiger Kalk für die Landwirtschaft.** Die deutschen Stickstoffwerte haben den Beschluß gefaßt, den bei dem Stickstoffverfahren anfallenden Kalk, der bisher auf Felder geschüttet wurde, der Landwirtschaft zu Düngezwecken zuzuführen. Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ weiter hört, haben nunmehr die Werke mit dem Betrieb dieses Kalks begonnen. Da es sich um ein reines Abfallprodukt handelt, dessen Beseitigung im Interesse der Werke selbst liegt, wird nunmehr beim Bezug von drei Waggons schwefelsaurem Ammoniak ein Waggon Kalk gratis, lediglich unter Berechnung der Frachtkosten, an die Landwirtschaft abgegeben.

**Genossenschaftliche Milchversorgung.** Nachdem der Magistrat in Königsberg (Ostpreußen) über angestrebte Versuche zur Milchpreisminderung wenig oder gar nichts berichtet konnte, hat der Konsumverein für Königsberg und Umgegend durch Lieferungsvertrag die Milchversorgung seiner Mitglieder am Ort übernommen und den Preis senken können.

**Erneute Stilllegungen ostpreussischer Grubenbetriebe.** Für die nächste Zeit sind weitere Stilllegungen ostpreussischer Grubenbetriebe zu erwarten. Wie die „Konj.-Korr.“ erfährt, werden noch etwa 25000 Bergarbeiter zur Entlassung kommen.

**Ein Genossenschaftsrat in Bulgarien.** In Bulgarien ist ein Genossenschaftsrat gebildet worden, der die Aufgabe hat, die Beziehungen zwischen den einzelnen Formen der Genossenschaftsbewegung und dem Staate zu regeln und der die offizielle Vertretung der Genossenschaftsbewegung in Bulgarien darstellt. Der Rat setzt sich zusammen aus dem Präsidenten der Genossenschaftsbank, dem Präsidenten des Staatlichen Bureau, dem Direktor der Genossenschaftsschule, einem Vertreter der verschiedenen Genossenschaftsvereinigungen und 10 Genossenschaftler, die von den jährlichen Genossenschaftskongressen zu wählen sind. Der Genossenschaftsrat ist ein unabhängiges Organ, der mit den Ministerien in allen genossenschaftlichen Fragen in Beziehung treten kann. Mit Hilfe des Genossenschaftsrates hofft die Regierung, die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Bulgarien zu fördern.

# Arbeitersport.

**Touristen Berlin „Die Naturfreunde“ (Zentrale Wien), Vgl. Franzlauer Berg.** Am Donnerstag, den 17. September, findet abends 8 Uhr ein Referat von Oberlehrer Erwin Dörfle über „Die Frau in der Gegenwart“ statt. Alle Genossen und besonders die Genossinnen mögen kommen. Gütlich willkommen.

# Sport.

## Ländertkampf Dänemark—Deutschland.

Die im Rahmen der Jugend-Spiel-Sport-Ausstellung in der Neuen Welt geführten Amateur-Boxkämpfe hatten folgende Ergebnisse:

**Fliegengewicht:** Schulz (Deutschland), Bantamgewicht: Pfeiffer (Berlin), Federgewicht: Radjen (Dänemark), Leichtgewicht: Sende (Dänemark), Weltergewicht: Nielsen (Dänemark), Mittelgewicht: Müller (Röln), Halbschwergewicht: Lindberg (Dänemark), Schwergewicht: Schönroth (Röln).

Die Entscheidung im Weltergewicht rief minutenlanges Lärmen und Pfeifen hervor, das sich bis in die zweite Runde der Kämpfe ums Mittelgewicht forscherte. Alle Siege des interessanten Abends sind Punktziege. Der erste schöne Kampf rechnete wegen Uebergewicht von Schulz von vornherein für Dänemark. Leider wurden die Gewichte nie angegeben, was die Beurteilung der oft außerordentlich spannenden Kämpfe erleichtert haben würde.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ehlers; Freizeiten: A. J. Böcher; Soziales und Sonstiges: Fritz Kuchel; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlags: Brockhaus-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Brockhaus-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

**Ich der Meister Sandukez pflanze**  
**MESSMER'S Hochland Tee**

**A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule**  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Anmendung, Ganhoferstr. 1 und Berliner Str. 22 (Privatwohnung)  
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1-Jahres-Lehrgänge. — Fernspr. 1 Neukölln 1063.

**Berliner Töpferhütte**  
G. m. b. H.  
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe  
Berlin SO 26, Waldemarstr. 14  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314  
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Ofen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.

**Ischias**  
Schmerzmittel  
in 5 Tagen  
schmerzfrei

**Norbmöbel! Sonderangebot!**

An Private zu Einzelpreisen. Eigene Fabrikate in jedweden Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

**Wilhelm Schulze**  
Naheliegende Platz 12, Hof part. Nähe Hackescher Markt  
Zahlungsvereinfachung  
Telephon: Alexander 4112

**Zähne Kronen :: Plomben**  
**Brücken :: Gebisse**  
gegen günstige Zahlungsbedingungen  
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung  
**Zahn-Praxis** med. Wolf, Potsdamer Str. 55  
Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb. Bllowstr.

**tepp - u. Daunen - Decken**  
am preiswertesten, besten Material. Ganz.  
Bernhard Finkenzugel, Berlin  
Woltke 72 (Untergrundbahn Jochenstraße)  
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Spittelstr.  
und Westen, Nikolausburger Platz 2, Ecke Trautenbergstr.  
Reparatur jed. Art. Musterkatalog gratis.

**Auf Teilzahlung Herren- u. Burschen-Garderobe**  
Gummimäntel f. Damen u. Herren / Winter-Ülster / Winter-Rockpaletots / Uebergangsmäntel / Manchester-Sportanzüge / Windjacken / Kosen aller Art  
**Spezialhaus für Herren- und Burschenbekleidung**  
Neue Schönhauser Str. 1, 1  
Ecke Weinmeisterstraße  
Vorzug dieses Inserats erh. 5% Rabatt

**Fahrräder**  
Leichtmotorräder auf  
**Teilzahlung**  
**ZETTA**  
Oranienburger Straße 65.  
Räder werden bei Anzahlung mitgegeben.

**Adolf Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark. Vort. 5 Pfennig.  
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

**Gänsefedern**  
Willy Matuschick, Neutrebbin  
(Caden 1) Kalkseebrunnensait.

**HUNDE**  
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neuen Kriegervereinshaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr